

**Schriftliche Frage Nr. 119 vom 11. Juli 2016 von Herrn Balter an Herrn Ministerpräsident Paasch bezüglich des Fiskalpakts<sup>1</sup>**

**Frage**

Bei der Verabschiedung des Resolutionsvorschlags an die Föderalregierung und die Regierung der deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Abstimmung über den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der wirtschafts- und Währungsunion im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde unter anderem beschlossen, dass die Regierung die im Resolutionsvorschlag erwähnten Forderungen mit Nachdruck bei der Föderalregierung vertritt und das Parlament regelmäßig über die Entwicklung informieren wird.

Meine Frage an Sie: Welche Gespräche haben Sie in den vergangenen Monaten mit der Föderalregierung diesbezüglich geführt und wie sind Sie vorgegangen, um die Auswirkungen des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion für die DG und die DG Gemeinden so gering wie nur möglich zu halten? Bitte eine Auflistung der entsprechenden Termine, mit den jeweils anwesenden Personen und der erreichten Ergebnisse.

**Antwort**

Das ehrenwerte Mitglied bezieht sich in seiner Frage auf die Resolution des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Oktober 2013 an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Abstimmung über den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

In der Resolution wird unter anderem festgehalten, dass

- der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion teilweise auf Konvergenzkriterien basiert, die bereits Anfang der 90er Jahre festgelegt wurden, die jedoch nicht von allen Mitgliedsländern konsequent eingehalten wurden;
- durch den Vertrag die Krise in der Europäischen Union bekämpft und internationales Vertrauen in die gemeinsame Währung wieder hergestellt werden soll;
- der Vertrag hierfür den Mitgliedstaaten der Eurozone, die diesen ratifizieren, strengere haushaltspolitische Disziplin abverlangt;
- das Bestreben um den Erhalt eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums tatsächlich der Beachtung klarer gemeinsamer Ziele zur Schaffung von Stabilität bedarf;
- das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits am 19. März 2012 der Öffnungsklausel zugestimmt hat, die im Vertrag über die Arbeitsweise der EU die Schaffung des dauerhaften Rettungsschirms ESM („Europäischer Stabilitätsmechanismus“) ermöglicht;

und hervorgehoben, dass

- das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verschiedene, dem Fiskalpakt auch kritisch gegenüberstehende Experten angehört hat, um die komplexe und weitgreifende Materie zu erörtern;
- die Einschätzungen der Experten die Frage aufwerfen, ob die mit dem Fiskalpakt angelegte automatische Austeritätspolitik geeignet ist, die Staatsverschuldung dauerhaft zu senken.

Das Parlament unterstreicht aufgrund dieser Anhörungen, dass

- die Befürchtungen, die staatlichen Handlungsmöglichkeiten könnten derart eingeschränkt werden, dass die Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen, die

---

<sup>1</sup> Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

Investitionskapazitäten der öffentlichen Hand, die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik gerade im Hinblick auf junge Menschen und nicht zuletzt die Wirtschaftlichkeit nationaler Standorte verbunden mit der Kaufkraft der Bürger gefährdet ist, ernst genommen werden müssen;

- bei der Berechnung des Defizits und der Verschuldung von Staaten nachhaltige und den allgemeinen Wohlstand für die Zukunft sichernde Investitionen gesonderte Berücksichtigung finden sollten;
- die Verlagerung der Entscheidungsgewalt bezüglich des Haushaltsrechts von demokratisch legitimierten Vertretern hin zu nicht gewählten EU-Institutionen in Frage gestellt wird;
- die Nicht-Einbeziehung des Europäischen Parlaments in die Erstellung des Fiskalpakts problematisch ist;

Mit der Resolution, die mit 19 Ja-Stimmen verabschiedet wurde, unterstrich das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Oktober 2013, dass es das am gleichen Tag mit denselben 19 Ja-Stimmen verabschiedete Zustimmungsdekret zum sogenannten Fiskalpakt nur, wie einige Mitglieder des Parlaments es ausdrückten, unter „Bauchschmerzen“ zugestimmt habe. Die Motivation dazu ist ausreichend bekannt. Wenn nicht, ist sie jederzeit nachzulesen im ausführlichen Bericht der Aussprache im Parlament.

Mittlerweile sind einige Auswirkungen des beschlossenen Fiskalpakts deutlich sichtbar. Eine dieser Auswirkungen des Europäischen Stabilitätspaktes beschäftigt uns in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits seit geraumer Zeit: es ist das Verbot für die Mitgliedsstaaten, ab 2018 neue Schulden zu machen. Die Staatshaushalte müssen laut Fiskal- und Stabilitätspakt ausgeglichen sein. Alle Mitgliedsstaaten werden von der EU-Kommission schon seit einigen Jahren verpflichtet, dieses Ziel der ausgeglichenen Haushalte anzustreben und ein verbindliches mehrjähriges Stabilitätsprogramm zu präsentieren.

Dies hat die Deutschsprachige Gemeinschaft schon zu spüren bekommen. Bekanntlich müssen sich seit einigen Jahren alle Teilstaaten des Landes an der Einhaltung des Haushaltspfades beteiligen und sich verpflichten, ab dem Jahr 2018 einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren, auch die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Eine weitere Auswirkung des Fiskalpaktes sind die sogenannten SEC-2010-Buchhaltungsnormen, und deren stringente Auslegung durch Eurostat, die die Investitionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand massiv einschränken. Wir dürfen trotz eingeführter Schuldenbremse, im Gegensatz zur privaten Wirtschaft, bekanntlich unsere langfristigen Zukunftsinvestitionen nicht abschreiben. Weder die Föderalregierung noch die Deutschsprachige Gemeinschaft können das den SEC-2010-Normen zugrunde liegende Jährlichkeits-Prinzip nicht abändern. Das wird alle öffentlichen Investoren in naher Zukunft vor enorme Probleme stellen. Alle Investitionen müssen in Zukunft nicht nur aus dem Haushaltsüberschuss des betreffenden Jahres bestritten werden (wohlgemerkt ohne Neuverschuldung!), sondern auch in ihrer Gesamtheit im gleichen Jahr verbucht werden. Eine Abschreibung auf mehrere Jahre wie in der Privatwirtschaft bleibt verboten.

Mit der Resolution wurde damals schon deutlich gemacht, dass der Fiskalpakt, wie mein Vorgänger es ausgedrückt hat, „einige Schönheitsfehler aufweist, die ihn zwar als notwendig, aber vielleicht nicht als ausreichend qualifizieren.“

Der Fiskalpakt muss also aus unserer Sicht neu bewertet werden. Nachhaltige und den allgemeinen Wohlstand unserer Gesellschaft absichernde öffentliche Investitionen dürfen nicht durch eine überzogene Sparpolitik abgewürgt werden. Zumindest muss es auch öffentlichen Investoren erlaubt sein, langfristige Investitionen buchhalterisch auf mehrere Jahre abzuschreiben, so wie in der Privatwirtschaft üblich und unerlässlich. Dies ist die

Position, die ich seit meinem Amtsantritt als Ministerpräsident und Finanzminister vehement und bei jeder sich bietenden Gelegenheit artikuliere.

Diese Position ist bei weitem kein Alleinstellungsmerkmal für die DG. Es ist Fakt, dass die kleinsten öffentlichen Einheiten, angefangen bei unseren Gemeinden und der Deutschsprachigen Gemeinschaft am ärgsten unter der stringenten Anwendung der SEC2010 Normen zu leiden haben werden. Aber auch weitaus größeren Teilstaaten, wie den drei Regionen des Landes bereiten die absehbaren Auswirkungen des Fiskalpaktes größte Sorgen. Und bei der Föderalregierung in Brüssel laufen wir förmlich offene Türen ein, wenn wir auf die Problematik hinweisen.

In zahlreichen bilateralen Treffen mit Mitgliedern der Föderalregierung habe ich in regelmäßigen Abständen das Thema angesprochen. Im Konzertierungsausschuss vom 28. Januar 2015 wurde bereits eine Note der Wallonischen Regierung von Dezember 2014 zur Kenntnis genommen, die genau diese Problematik der Verbuchung öffentlicher Investitionen nach den SEC-Normen aufwarf und anprangerte. Eine daraufhin ins Leben gerufene interföderale Arbeitsgruppe befasst sich seitdem im Auftrag der Interministeriellen Konferenz Finanzen und Budget mit dem Thema.

Ich beschränke mich bei meinen Interventionen zu diesem Thema jedoch bei weitem nicht auf die Kontakte mit den Kollegen der anderen Teilstaaten oder der Föderalregierung. Seit meinem Amtsantritt als Ministerpräsident und Finanzminister artikuliere und verteidige ich diese Position vehement und bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Nachstehend eine Liste der Gespräche, die ich nicht nur mit belgischen Kollegen, sondern auch mit Vertretern der deutschen Bundesregierung und mit Mitgliedern der EU-Kommission zu dieser Problematik geführt habe.

Darunter sind u.a. die Namen von Bundeskanzleramtschef Altmaier (25/9/2014), des Vizekanzlers Sigmar Gabriel (21/5/2015) und selbst des Bundesfinanzministers Schäuble (14/1/2016) zu finden. Auch die Namen verschiedener Ministerpräsidenten und Finanzminister deutscher Bundesländer sind vertreten (Ministerpräsidenten Kretschmer, Weil, Finanzminister Walter-Borjans). Bei zwei Gelegenheiten habe ich unsere ersten Bedenken sogar direkt an Mitglieder der EU-Kommission richten können: den Vize-Präsidenten der EU-Kommission, Vladis Dombrovskis (30/4/2015, in Begleitung von Finanzminister Van Overtveldt) und die EU-Kommissarin Marianne Thissen (29/9/2015). Zudem gab es noch andere Gesprächstermine, bei denen genau diese Problematik eine wesentliche Rolle spielte, u.a. mit der Leitung des Rechnungshofes (2/6/2016) und Vertretern der Nationalbank (8/6/2016).

Allen Bemühungen zum Trotz ist derzeit nicht ersichtlich, dass sich der Standpunkt der EU-Kommission in dieser Sache maßgeblich ändern wird. Das liegt nach meinem Dafürhalten vor allem daran, dass sich vornehmlich die großen und nördlichen Mitgliedsländer der Europäischen Union nicht vom eingeschlagenen Kurs der stringenten Austeritätspolitik abbringen lassen wollen. Allen voran die Bundesrepublik Deutschland scheint vorerst am rigorosen Sparkurs und der absoluten Schuldenbremse festzuhalten.

**Auflistung diverser Gesprächstermine, bei denen die Problematik Fiskalpakt besprochen wurde:**

**EU-Ebene:**

30.04.2015	Brüssel	<b>Treffen mit dem Vize-Präsidenten der EU-Kommission, Vladis Dombrovskis und Finanzminister Johan Van Overtveldt</b> Thema: ESGV 2010 Norm (SEC2010)
------------	---------	--

23.07.2015	Eupen	<b>Gespräch mit Vertretern der EIB</b>
29.09.2015	Eupen	<b>Besuch der EU-Kommissarin Marianne Thyssen</b> Offizielles Gespräch mit Vertretern der DG Regierung,
28.10.2015	Brüssel	<b>Vortrag anlässlich der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft</b>

### International:

25.09.2014	Berlin	<b>Antrittsbesuch in Berlin</b> u.a.: Antrittsbesuch bei Bundeskanzleramtschef und Bundesminister für besondere Aufgaben Peter Altmaier
21.05.2015	Berlin	<b>Arbeitstreffen</b> u.a.: Gespräch mit Vizekanzler Sigmar Gabriel, Stellvertreter der Bundeskanzlerin und Bundesminister für Wirtschaft und Energie (Themen: DG-BRD Beziehungen, TTIP, EU-Investitionspolitik/ ESGV 2010, Alegro, PKW-Maut); Gespräch mit dem Bevollmächtigten der Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund, H. A. Hofmann; Arbeitstreffen mit Büroleiterin Krell der LV Bayern; Treffen mit Herrn Heinz Dürr;
22.07.2015	Frankfurt a.M.	<b>Arbeitsbesuch in Frankfurt</b> u.a.: Gespräche mit Vertretern der Stadt Frankfurt (Stadtrat Frank); Gespräche mit Vertretern der EZB und dem belgischen Botschafter in Deutschland;
28.09.2015	Köln	<b>Dialog im belgischen Haus</b> Thema: 'Die Teilnahme an Podiumsdiskussion zum Thema 'Schuldenbremse: Auswirkung für Politik, Wirtschaft und Kultur. Wie damit umgehen' mit NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans
14.01.2016	Brüssel	<b>Symposium "The Future of EU Finances"</b> Besuch der Diskussionsrunde in der NRW-Landesvertretung und Austausch mit Finanzminister Schäuble
23.02.2016	Brüssel	<b>Empfang in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel</b> Austausch mit Ministerpräsident Kretschmer (Baden-Württemberg)
01.03.2016	Brüssel	<b>Grünkohlessen in der Vertretung des Landes Niedersachsen in Brüssel</b> Austausch mit MP S. Weil (Niedersachsen)

### National:

11.07.2014	Brüssel	<b>Gespräch mit Minister Kris Peeters</b>
13.10.2015	Warschau	<b>Staatsbesuch in Polen, Gelegenheit des Austauschs mit diversen Föderal- und Regionalministern</b>
27.10.2015	Brüssel	<b>Treffen mit Finanzminister Johan Van Oortveldt</b> Thema: u.a. ESGV 2010 Norm (SEC2010)